



Anant Agarwala (ZEIT), Werner D'Inka (FAZ), Christian Schiffer (BR), Oskar Piesga (ZEIT Campus), Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität (v. l. n. r.). Foto: DHV, Till Eitel/eyetill.com

## Goethe-Medienpreis: 1. Platz für ZEIT-Journalisten

Anant Agarwala schrieb Reportage über Folgen von Ausländerfeindlichkeit für die Stadt Dresden

Am 3. April wurde der Goethe-Medienpreis für wissenschafts- und hochschulpolitischen Journalismus bei der Wissenschaftsgala des Deutschen Hochschulverbands in München verliehen. Den **1. Preis** erhielt Anant Agarwala, Redakteur beim ZEIT-Ressort Campus, für seinen Text „Vor Dresden wird gewarnt“. In seiner Reportage spürt Agarwala den Konsequenzen nach, die die Anfeindungen gegenüber Ausländern und die Pegida-Demonstrationen für den Wissenschaftsstandort Dresden haben. Der Journalist hat mit vielen ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gesprochen, denen der Rassismus in ihrem Alltag große Sorgen bereitet und die sich am Ort der einzigen ostdeutschen Exzellenzuniversität nicht mehr sicher fühlen. Auch wenn Forschungsinstitute und Bürgerinitiativen versuchen, in Form von Gegendemos

und weiteren Aktionen die weltoffene Seite Dresdens wieder zu stärken, haben bereits, so Agarwalas Recherchen, einige ausländische Wissenschaftler der Stadt den Rücken gekehrt.

Auf den **2. Platz** des Goethe-Medienpreises kam Christian Schiffer, Redakteur beim Bayrischen Rundfunk, Redaktion Zündfunk, mit seinem Hörfunk-Beitrag „It's the economy, stupid!“ Darin beschreibt Schiffer, warum das Fach Volkswirtschaft sich ändern sollte, um auch künftig für Studierende und die Gesellschaft relevant zu bleiben. Den **3. Preis** holte Oskar Piesga, kommissarischer Chefredakteur von ZEIT-Campus, mit seinem Beitrag Artikel „Der Ghostwriter-Report“. Darin entlarvt Piesga die Tricks und falschen Versprechungen akademischer Ghostwriter, die gegen Bezahlung fremde Abschlussarbeiten verfassen.

## Verstimmung, keine Feindschaft

Podiumsdiskussion an der Goethe-Uni über »Türkei und EU-Politik«

Auftrittsverbote türkischer Politiker, die Inhaftierung des deutsch-türkischen Journalisten Yücel und aggressive Verbalattacken türkischer Politiker in Richtung EU: Sind die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei dauerhaft gestört? Wie steht es um das Verhältnis zwischen Deutschen und Türken, belastet die politische Krise auch das Zusammenleben im Alltag? Mit diesen und weiteren drängenden Fragen beschäftigte sich Mitte März eine Podiumsdiskussion, die im Exzellenzcluster Normative Orders unter der Leitung von Prof. Susanne Schröter, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, stattfand. Ihre Gäste und Gesprächspartner waren Lucia Puttrich, Hessische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, und Burak Kararti, neuer türkischer Generalkonsul in Frankfurt.

In ihrer Einführung verwies Schröter auf die bis ins 11. Jahrhundert zurückreichenden deutsch-türkischen Beziehungen; im 19. Jahrhundert habe man sich im Zuge einer Orientbegeisterung zur Türkei hingezogen gefühlt. Reichskanzler Bismarck habe gar davon gesprochen, dass die Liebe zwischen beiden Ländern nie vergehen würde, so Schröter. Mit der Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahre 1999 sei ein weiteres Kapitel einer gemeinsamen Geschichte aufgeschlagen worden, doch wie stehe es augenblicklich darum?

Staatsministerin Lucia Puttrich berichtete einleitend von einem kürzlichen Besuch ihrer Frankfurter Delegation in der türkischen Partnerregion Bursa. Dort habe man sich mit zahlreichen Vertretern vor Ort sehr freundschaftlich ausgetauscht. Dennoch sei eine Atmosphäre der Verunsicherung bei den Gesprächspartnern spürbar gewesen, so Puttrich. Es gebe keine unabhängige Presse mehr in der Türkei, die Re-

gierung versuche, mit Attacken gegen Europa die Politik zu emotionalisieren und innenpolitisch daraus Gewinn zu schlagen, nämlich Stimmen für das Referendum zur geplanten Verfassungsänderung zu bekommen. „Die Menschen in der Türkei wünschen sich aber mehrheitlich eine stärkere Orientierung in Richtung Europa“, so Puttrichs Einschätzung.

Generalkonsul Burak Kararti betonte in seinem einleitenden Statement, dass die Türkei weiterhin ein sehr großes Interesse an einer EU-Mitgliedschaft habe. Auch für die EU sei eine Mitgliedschaft der Türkei ein Gewinn, gerade wegen der geografischen Lage des Landes. Hinsichtlich der Flüchtlingskrise und der Terrorgefahr in Europa sei die Türkei bereits ein wichtiger Partner. Jedoch blockiere die EU die Beitrittsverhandlungen seit geraumer Zeit, es herrsche augenblicklich Stillstand. Dadurch habe die Öffentlichkeit in der Türkei ein zunehmend negatives Bild der EU vermittelt bekommen. „Wenn man wie Lucia Puttrich über die angespannte Atmosphäre im Land spricht, darf man den Putschversuch im letzten Jahr nicht verschweigen“, so Kararti. Nach den Ereignissen hätte sich die Türkei ein höheres Maß an Solidarität seitens der EU gewünscht.

Dem widersprach Lucia Puttrich ausdrücklich: Der Putschversuch sei ausdrücklich von der Politik in Deutschland verurteilt worden. Dass die Beitrittsverhandlungen ins Stocken geraten seien, habe unter anderem mit Themen wie fehlender Rechtsstaatlichkeit in der Türkei zu tun: „Heute ist die Türkei von einer EU-Mitgliedschaft so weit entfernt wie nie zuvor“, betonte Puttrich. Der Putsch stelle für die Türkei sicherlich eine schwierige Herausforderung dar, jedoch habe sie kein Verständnis dafür, wie man angesichts des derzeit-



GOETHE 2016  
MEDIENPREIS

**DER GOETHE-MEDIENPREIS**

Bildungs- und Hochschulthemen erfahren in der Öffentlichkeit eine immer stärkere Beachtung. Diese Konjunktur steht in einem eigentümlichen Missverhältnis zur mangelnden Beachtung und Würdigung der täglichen Arbeit vieler hochschulpolitischer Journalisten im deutschsprachigen Raum in den Redaktionen. Der „Goethe-Medienpreis für wissenschafts- und hochschulpolitischen Journalismus“ prämiiert seit 2008 herausragende Beiträge auf dem Gebiet eines hochschul- und wissenschaftspolitischen Journalismus: Fundierte Analyse, Hintergründe, verständliche und stilistisch herausragende Darstellung sind die wichtigsten Kriterien für die Vergabe des Preises. Die Auswahl nimmt eine unabhängige, mit führenden Köpfen aus Journalismus und Wissenschaft besetzte Jury vor.

Der von der Goethe-Universität Frankfurt und der FAZIT-Stiftung 2016 zum fünften Mal ausgelobte, unabhängige Journalistenpreis wird alle zwei Jahre vergeben. Die drei Preise sind mit Summen von 4.000 (1. Preis), 1.800 (2. Preis) und 1.000 Euro (3. Preis) dotiert. In der aktuellen Ausschreibungsrunde hatten sich über 40 Medienvertreter überwiegend überregionaler Medien um die einzigartige Auszeichnung beworben.

**Mehr Informationen unter**  
<http://goethe-medienpreis.uni-frankfurt.de/39875454/goethe-medienpreis>

gen Ausnahmezustandes, der die demokratische Meinungsbildung ganz erheblich einschränke, über eine Verfassungsänderung abstimmen lassen könne.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde Kararti nach dem türkischen Wahlgesetz befragt: Dieses erlaube türkischen Politikern nicht, Wahlkampf im Ausland zu machen. Kararti sah darin kein Hindernis, verwies auf die Notwendigkeit, türkische Wähler auch in Deutschland ausreichend über das anstehende Referendum zu informieren. Auf die Frage von Universitätspräsidentin Prof. Birgitta Wolff, wann denn der türkische Staat Akademikerinnen und Akademiker wieder die Reisefreiheit erlaube, wollte Kararti keinen Zeitpunkt nennen; er sei aber zuversichtlich, dass es wieder zu einer Normalisierung komme. Der Ausnahmezustand stelle im Übrigen für deutsche Urlauber, die für den türkischen Tourismus sehr wichtig seien, kein Problem dar, betonte Kararti; die Touristen könnten sich in der Türkei sicher fühlen. Puttrich ergänzte, dass die wirtschaftlichen Folgen des Ausnahmezustandes deutlich zu spüren seien. Sie habe auf ihrer letzten Reise Hotels, die vornehmlich von Wirtschaftsvertretern genutzt werden, nahezu leer vorgefunden. Bei den deutschen Frühbuchern sei bereits ein Rückgang deutlich über 50 Prozent zu verzeichnen. *df*

Die Diskussion war eine Kooperationsveranstaltung des Hessischen Forums für Religion und Gesellschaft (HFRG) mit dem Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam (FFGI) am Exzellenzcluster „Normative Ordnungen“ an der Goethe-Universität Frankfurt.